Die Biene wird Bundessache

Einflüsse von Mensch und Umwelt setzen den Bienenvölkern zu. Zu ihrem Schutz wurde nun ein Fachinstitut gegründet

Wenn Bienen nicht mehr für die Bestäubung von Pflanzen sorgen könnten, würde Landwirten die Hälfte ihrer Erträge wegbrechen, schätzen Experten iStock

ALINA REICHARDT UND JOHANNES KAUFMANN

BERLIN :: Ein Drittel unserer Lebensmittel würde es ohne Honigbienen nicht geben. Ihre jährliche Bestäubungsleistung liegt nach Schätzungen der Umweltschutzorganisation Greenpeace weltweit bei rund 265 Milliarden Dollar. Entlohnt werden sie dafür nicht, im Gegenteil: Mit Pestiziden und Monokulturen auf Wiesen und Äckern macht der Mensch es den kleinen Arbeitern schwer, seit Jahren sterben immer mehr Tiere. Der Klimawandel und Parasiten wie die Varroa-Milbe beschleunigen das Bienensterben. Um der für Natur und Landwirtschaft fatalen Entwicklung entgegenzuwirken, geht die Politik jetzt den nächsten Schritt. Heute eröffnet Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) das erste Fachinstitut für Bienenschutz auf Bundesebene. Doch Kritiker warnen: Mit Forschung allein lässt sich das Problem nicht lösen.

„Glyphosat hat keine Auswirkungen auf Bienen"

„Deine Pflanzenschutzmittel töten meine Bienen" – so fasst Jens Pistorius die häufig emotional aufgeladene Frontstellung zwischen Imkern und Landwirten zusammen. Der Agrarökologe leitet das Institut für Bienenschutz, das im April am Julius-Kühn-Institut (JKI) in Braunschweig seine Arbeit aufnahm und heute in Berlin symbolisch eröffnet wird. Ob dieser Zusammenhang allerdings tatsächlich besteht, ist eine der Fragen, die das neue Institut beantworten will. So seien etwa nicht alle Pflanzenschutzmittel giftig für Bienen.

Das gelte auch für den umstrittenen Unkrautvernichter Glyphosat: „Wird der Wirkstoff direkt beim Sprühen oder über Pollen und Nektar aufgenommen, hat das keine Auswirkungen auf die erwachsenen Bienen, ihre Brut oder die Kolonie", so Pistorius. Noch ist das Institut mit nur sechs Wissenschaftlern an zwei Standorten relativ schmal aufgestellt. Innerhalb weniger Jahre soll die Analytik aber von Berlin nach Braunschweig ziehen und das Personal auf bis zu 30 Wissenschaftler ausgebaut werden. Ziel sei es, sowohl Faktoren, die Bienen schaden, als auch solche, die ihnen nutzen, zu erforschen und mit Landwirten und Imkern an einer Neugestaltung einer bienenfreundlichen Agrarlandschaft zu arbeiten. Für das neue Institut ist die Einrichtung eines Fachbeirats geplant, in dem Vertreter von Umweltverbänden, Imkern und Landwirten sitzen sollen. „Wir brauchen wissenschaftlich fundierte Grundlagen für eine Bienenhaltung, die aus ökologischer und ökonomischer Sicht nachhaltig ist", sagte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt dieser Redaktion.

„Ich erhoffe mir von der Forschung auch eine Versachlichung der Diskussion über die Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln", so Schmidt. Doch nicht alle Beteiligten sehen nur Vorteile in der neuen Einrichtung. „Ich begrüße den Schritt, die Bienenforschung zu stärken, aber er darf kein Placebo für das Nichthandeln sein", sagte die Grünen-Bundestagsabgeordnete und Naturschutzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Steffi Lemke, dieser Redaktion.

Bienengiftige Pestizide noch immer nicht verboten

So seien etwa Neonicotinoide, eine bestimmte Gruppe von Insektiziden, in Deutschland noch immer zugelassen, so Lemke. Laut Studien der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit Efsa können sie für Bienen gefährlich sein. Als Beizmittel, also zur Behandlung von Saatgut, sollen die Mittel bald dauerhaft verboten sein. „In Deutschland werden jährlich 30.000 Tonnen Pestizide ausgebracht, darunter auch nach wie vor Neonicotinoide", so Lemke, „ihre schädliche Wirkung auf Bienen ist belegt, hier muss gehandelt, nicht weiter geforscht werden." 40 Prozent aller in Deutschland heimischen Wildbienen seien bedroht. „Das ist eine überdurchschnittliche Gefährdung", so Lemke, „dazu trägt die Landwirtschaft überproportional bei." Aber auch darüber hinaus „gibt es eine Vielzahl von Faktoren, die den Bienen schaden", sagt Christiane Huxdorff, bei Greenpeace zuständig für den Bereich nachhaltige Landwirtschaft. „Auf der einen Seite der Klimawandel und die schwindende Biodiversität in der Landschaft und auf der anderen Seite Krankheiten und Schaderreger wie die Varroa-Milbe und Nosema."

Die vermutlich in den Siebzigern mit importierten Bienen eingereiste Varroa-Milbe gilt als eines der größten Risiken. Schon 2010 machten Forscher sie im Rahmen des „Deutschen Bienen-Monitoring" – einer Langzeitstudie – als Hauptgrund für das winterliche Bienensterben verantwortlich. Die Milben ernähren sich von Bienenblut, fügen ihren Wirten Bisswunden zu und nisten auf deren Nachwuchs, der das Schlüpfen dann meist erst gar nicht überlebt. Eine Lösung des Parasitenproblems ist noch nicht gefunden, bislang gilt die Züchtung robusterer Bienenarten als aussichtsreichste Option.

Doch auch der ursprünglich asiatische Parasit Nosema ceranae macht zunehmend von sich reden. Er nistet sich im Darm der Bienen ein und ist hoch ansteckend. Infizierte Tiere sind apathisch und flugunfähig, gehen langsam ein. Oft ist eine antibiotische Behandlung des gesamten Volkes nötig. Für beide Fälle soll das Institut für Bienenschutz neue Erkenntnisse liefern.

Bestäubungsleistung jährlich zwei Milliarden Euro

„Der Wert der Honigbienen und ihrer wilden Artgenossen für die Natur und die Menschen ist beträchtlich: Rund 80 Prozent unserer Pflanzen müssen bestäubt werden, damit sie sich fortpflanzen. Allein der wirtschaftliche Nutzen der Bestäubungsleistung wird in Deutschland auf jährlich mindestens zwei Milliarden Euro geschätzt – einige Experten gehen sogar von bis zu vier Milliarden Euro aus", sagt der Bundeslandwirtschaftsminister.

Je nach Blütezeit locken Obstbäume wie Apfel und Kirsche, auf den Feldern Raps oder Distel und Gemüse wie Kürbis oder Erbse, die braun-gelben Brummer an. Sie trinken den Blütensaft, Pollen bleiben an ihren kleinen Härchen hängen und werden von Pflanze zu Pflanze transportiert. Gelangen die Pollenkörner einer Blüte so auf die Narbe einer anderen, landen sie im Fruchtknoten und führen zur Bildung einer neuen Frucht. Je reichhaltiger die Bestäubung, desto hochwertiger die Früchte.

Entfällt der Bienendienst, müssen Landwirte „auf etwa die Hälfte" ihrer Erträge verzichten, schätzt der Deutsche Imkerbund. Maschinen können die Tiere nicht ersetzen.

Das können Verbraucher zum Bienenschutz beitragen

„Bio-Lebensmittel kaufen", rät Christiane Huxdorff von Greenpeace, „denn diese werden ohne chemisch-synthetische Pestizide produziert". Im eigenen Garten könnten Verbraucher den Insekten zudem Vielfalt bieten und auf den Einsatz von Chemie komplett verzichten. Welche Pflanzen sich eignen, beschreibt das BMEL im Pflanzenlexikon seiner Bienen-App, abrufbar unter bit.ly/1lYic90. Wer sich stärker engagieren möchte, hat die Möglichkeit als Hoby-Imker aktiv zu werden. Der Nachwuchs fehle, beklagt das Bundeslandwirtschaftsministerium. Zu der Arbeit zählt nicht nur die Honigernte, sondern auch die aufwändige Pflege der Bienenvölker. Etwa 700.000 werden in Deutschland momentan von rund 100.000 Imkern gehalten, nur ein Prozent von ihnen betreibt die Imkerei gewerblich. Für Interessierte bieten die Imkerverbände der Länder Einstiegskurse an und beraten zu rechtlichen Fragen. Die Bundesländer bieten finanzielle Förderung etwa für die Wiederauffüllung von Bienenbeständen oder die technische Analyse des Honigs.